

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Rolf Schwanitz, Dr. Eberhard Brecht,
Markus Meckel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/4886 —**

**Einsatz der Bundesregierung in den östlichen Bundesländern sowie zur Tätigkeit
der Außenstellen der Bundesministerien in Berlin**

Seit mehr als zwei Jahren ist Deutschland wieder als Staat vereint. Die östlichen Bundesländer sind verfassungsrechtlich voll in die föderalistische Struktur der Bundesrepublik Deutschland einbezogen. Dennoch steht ihre vollständige wirtschaftliche und soziale Integration noch aus. Zur Herstellung gleichartiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland, wie sie durch das Grundgesetz gefordert werden, bedarf es daher weiterer Anpassungsmaßnahmen in den östlichen Bundesländern und des vollen Einsatzes aller politischen Kräfte, vor allem aber des vollen Einsatzes der Bundesregierung.

1. Welche Arbeitseinheiten in den einzelnen Bundesministerien sind mit Aufgaben betraut, die überwiegend die neuen Bundesländer einschließlich Berlin (Ost) betreffen?

In den einzelnen Bundesministerien sind folgende Organisationseinheiten mit Aufgaben betraut, die überwiegend die neuen Bundesländer einschließlich Berlin (Ost) betreffen:

Bundeskanzleramt

- | | |
|--------------|--|
| Gruppe 03: | Arbeitsstab Chef BK neue Länder |
| Referat 031: | Grundsatzfragen der inneren Einheit |
| Referat 032: | Verbindung zu den Mitgliedern des Deutschen Bundestages aus den neuen Ländern;
Sonderaufgaben: Einzelfragen Aufbau Ost,
ökologische Altlasten, spezielle Fragen des
Mittelstandes |

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 25. Juni 1993 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

- Gruppe 42: Wirtschaftspolitik, Bundesministerium für Wirtschaft, Bundesministerium der Finanzen, Raumordnungs- und Baupolitik
- Referat 421: Grundsatzfragen, gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- Referat 422: Industrie; Energiepolitik, Treuhändanstalt, Kabinettausschuß für Wirtschaft
- Referat 423: Wirtschaftsrecht und Wettbewerbspolitik, offene Vermögensfragen in den neuen Ländern
- Referat 424: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Mietrecht, regionale Wirtschaftspolitik, Mittelstand
- Gruppe 44: Koordinierung neue Länder; Außenstelle Berlin
- Referat 441: Allgemeine Fragen des Verhältnisses zu den neuen Ländern
- Referat 442: Außenstelle Berlin

Auswärtiges Amt

Der Bauftragte für den deutsch-sowjetischen Abzugsvertrag

- Referat 216: Außenpolitische Fragen der Durchführung der abschließenden Regelung in bezug auf Deutschland
- Arbeitsstab 505: Rechtsfragen im Gefolge der Vereinigung Deutschlands
- Referat 50 A: Beauftragter für die Verhandlungen betreffend die Überleitung völkerrechtlicher Verträge der DDR

Dienststelle Berlin

Bundesministerium des Innern (BMI)

- Referat G II 5: Deutschland- und Ostforschung; Dokumentation der DDR-Realität
- Referat O I 5: Angelegenheiten des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
- Referat O II 5: Bund-Länder-Clearingstelle für die Verwaltungshilfe (Geschäftsstelle)
- Referat O III 2: Arbeitsstab Berlin/Bonn (Geschäftsstelle) – Organisatorische Maßnahmen –
- Referat K II 3: Denkmalschutz im Beitrittsgebiet
- Referat K II 4: Förderung der Einheit Deutschlands auf kulturellem Gebiet
- Referat K II 5: Kulturelle Infrastruktur im Beitrittsgebiet
- Referat V II 5: Angelegenheiten der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR

- Referat IS 2 b: Ministerium für Staatssicherheit Vermögensabwicklung
- Referat SM 3 b: Förderung der Sportleistungszentren
- Arbeitsgruppe B 1: Kommunalvermögen, Humanitäre Hilfe (Abwicklung)
- Referate B 2 und B 3: Personelle Hilfe, Personalbörse, Beratung
Neue Länder
- Bundeskademie für öffentliche Verwaltung, insbesondere Lehrgruppe V: Fortbildungshilfe für die neuen Bundesländer einschließlich kommunaler Bereich (Grundlehrgänge, Aufbaulehrgänge, fach- und funktionsbezogene Lehrgänge, Unterstützung beim Aufbau der landeseigenen Fortbildung)
- Außenstelle Berlin: Verwaltung von Liegenschaften einschließlich Munitionslagern im Beitragsgebiet, Verwertung von Lagerbeständen, Entsorgung von Altlasten, Rentenüberführung, Kulturangelegenheiten im Beitragsgebiet und in Berlin

Bundesministerium der Justiz**Abteilung I (Bürgerliches Recht)**

- Referat I B 4 a: Einigungsbedingte Fragen des materiellen Sachenrechts und sonstiger dinglicher Rechte, Regelungen der Nutzungsverhältnisse aus Überlassungsverträgen
- Referat I B 4 b: Einigungsbedingte Fragen des formellen Sachenrechts; Investitionsvorrang bei Grundstücken
- Referat I B 5: Vorbereitung der einigungsbedingten Anpassung von Rechtsinstituten des Schuld- und Sachenrechts

Abteilung III (Handels- und Wirtschaftsrecht)

- Referat III A 4: Einigungsbedingte Fragen des Gesellschaftsrechts, Recht der Treuhandanstalt
- Abteilung V: (Bereinigung von DDR-Unrecht)
- Referat V 1: Allgemeine Regelungen, Grundsatzfragen, Koordinierung
- Referat V 2: Berufliche Rehabilitierung
- Referat V 3: Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung
- Referat V 4: Strafrechtliche Rehabilitierung
- Referat V 5: Gesetz zur Regelung der offenen Vermögensfragen und Folgeregelungen
- Referat V 6: Recht der offenen Vermögensfragen; Fragen der Durchführung, Auslandsanmeldungen, Regelung von Auslandsansprüchen

Außenstelle Berlin

- Referat R Berlin: Dokumentation und Auswertung des Rechts der ehemaligen DDR, Stellungnahmen zu Gesetzgebungsvorhaben mit Bezug zu den neuen Ländern bzw. zum Recht der ehemaligen DDR, Rechtspflege-Statistiken der neuen Länder, Dokumentation der Entwicklung der Gerichtsorganisation in den neuen Ländern
- Referat I A Berlin: Über- und Endbeglaubigungen von Urkunden aus den neuen Ländern, Stellungnahmen zu Gesetzgebungsvorhaben mit Bezug zu den neuen Ländern bzw. zum Recht der ehemaligen DDR
- Referat I B Berlin: Vorbereitung gesetzgeberischer Maßnahmen zur Überleitung der Nutzungsrechte, Stellungnahmen zu Gesetzgebungsvorhaben mit Bezug zu den neuen Ländern bzw. zum Recht der ehemaligen DDR
- Referat II Berlin: Strafrecht: Aufbau der Bewährungs- und Straffälligenhilfe im Beitrittsgebiet, Täter-Opfer-Ausgleich im Beitrittsgebiet, Stellungnahmen zu Gesetzgebungsvorhaben mit Bezug zu den neuen Ländern bzw. zum Recht der ehemaligen DDR
- Referat V A Berlin: Rehabilitierung; Offene Vermögensfragen
- Referat V B Berlin: Verwaltungs- und Zivilrecht der ehemaligen DDR mit Bezug zum Aufgabenbereich der Abteilung V

Bundesministerium der Finanzen (BMF)

- Referat II B 7: Haushalts- und Finanzierungsfragen in Berlin und im Raum Bonn, Kapitel 25 04 und 60 05: Koordinierung im BMF für Arbeitsstab Berlin/Bonn und Föderalismuskommision
- Referat V A 4: Rechtsfragen der deutschen Einigung und bundesstaatlicher Finanzausgleich
- Referat V B 6: Regelung offener Vermögensfragen
- Referat V B 7: Ausgleichsregelung für Enteignungsmaßnahmen in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone auf besetzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage
- Referat V B 8: Forderungen der ehem. DDR, Entschädigungsfonds
- Referat VI A 2: Grundsätze der Artikel 21 und 22 des Eingangsvertrages einschließlich der Verwertung des Finanzvermögens, Vermögenszuordnung
- Referat VI A 3: Liegenschaftsangelegenheiten im Bereich der Oberfinanzdirektion (OFD) Berlin und

- des Bundesvermögensamtes Bonn, Beschaffung von Liegenschaften zur Unterbringung von Bundesdienststellen
- Referat VI A 4: Truppenschäden, Besatzungsschäden, Abkommen Verteidigungslastenverwaltung
- Referat VI A 5: Forst- und Landwirtschaft auf Bundesliegenschaften, forst- und landwirtschaftliche Wertermittlungen
- Referat VI B 3: Liegenschaftsangelegenheiten im Bereich der OFD Hamburg, Kiel, Magdeburg und Rostock, allgemeine Liegenschaftsfragen des Aufenthalts und Abzugs der russischen Truppen
- Referat VI B 4: Liegenschaftsangelegenheiten im Bereich der OFD Cottbus
- Referat VII A 3: Kreditabwicklungsfonds
- Referat VII A 5: Ausgleichsfonds Währungsumstellung, Münzwesen, Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Außenwirtschaftsüberwachung (Kapitalverkehr)
- Abteilung V III: Bundesbeteiligungen, Treuhandanstalt (THA)
- Unterabt. V III A: Privatisierungs- und Beteiligungspolitik
- Referat VIII A 1: Grundsatzfragen der Privatisierungs- und Beteiligungspolitik, Deutsche Bundesstiftung Umwelt
- Referat VIII A 2: Reprivatisierung von Unternehmen, Niederlassungen, Bereich THA: Elektrotechnik/Elektronik, Dienstleistungen Holz/Papier
- Referat VIII A 3: Unternehmens- und Sanierungskonzepte, Bereich THA: Maschinenbau
- Referat VIII A 4: Finanzen THA, Rechnungslegung, Altkredite, Bereich THA: Nahrungs- und Genußmittel
- Referat VIII A 5: Informationsaufgaben, Außenstelle Berlin, Bereich THA: Chemie, Eisen/Stahlerzeugung, NE-Metalle
- Unterabt. V III B: Rechtsangelegenheiten, Sanierung, Abwicklung, Sondervermögen
- Referat VIII B 1: Rechtliche Grundsatzfragen, Generalreferat THA, Beteiligung an Treuarbeit
- Referat VIII B 2: Abwicklung, EG- und Steuerrecht, Bereich THA: Fahrzeugbau, Küstenindustrie, Verkehr, Textil/Bekleidung/Leder
- Referat VIII B 3: Sondervermögen, Land- und Forstwirtschaft, Kommunalvermögen/Wasserwirtschaft
- Referat VIII B 4: Bereich THA: Immobilien, Bauindustrie, Beteiligungen Industrieverwaltungsgesellschaft u. a.

- Referat VIII B 5: Bereich THA: Energiewirtschaft, Kali- und Erzbergbau/Steine/Erden, Umwelt, Beteiligungen Saarbergwerke u. a.
- Außenstelle Berlin (mit 20 Arbeitseinheiten) Zuständig für Personal/Organisation, Innerer Dienst, Presse-/Öffentlichkeitsarbeit, Haushaltsangelegenheiten (Grundsatzfragen der Finanzpolitik, finanzpolitische Fragen einzelner Bereiche, Einzelplan 60, Auswertung von Rechnungsunterlagen), Angelegenheiten der Besitz- und Verkehrsteuer (Verkehrsteuer, Kirchensteuer, Steuerberatung, internationales Steuerrecht, Bewertung, Grundsteuer, Einkommensteuer, steuerliche Förderungsmaßnahmen, Automation der Steuerverwaltung), Finanzbeziehungen zu den Ländern und Gemeinden, Forderungen der ehemaligen DDR, Liegenschaftsangelegenheiten im Bereich der OFDen Chemnitz und Erfurt, Liegenschaftsangelegenheiten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt und dem Abzug der Westgruppe der Truppe (Artikel 8 Aufenthalts- und Abzugsvertrag), Bundesforstverwaltung (Schwerpunkt Beitrittsgebiet), Abwicklung der DDR-Auslandsforderungen und Verbindlichkeiten, DDR-Altschulden im Rahmen des Kreditabwicklungsfonds, Treuhandanstalt (einzelne Bereiche), spezielle währungs- und finanzpolitische Fragen des Handels mit den osteuropäischen Ländern

Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi)

Leitungsstab „Neue Bundesländer“

- L-D 1: Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den neuen Bundesländern
- L-D 2: Wirtschaftsordnung und -politik
- L-D 3: Mittelstandspolitische Fragen
- L-D 4: Spezielle Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung
- L-DR: Rechts- und Verfahrensfragen
- L-D/THA: Beauftragter für die Treuhandanstalt
- L-D/THA 1: Einzelfälle der Treuhandanstaltunternehmen
- L-D/THA 2: Angelegenheiten der Treuhandanstalt

Sonstige Arbeitseinheiten

- Referat III B 5: Arbeitsgruppe Wismut: Uranbergbausierung
- Referat V C 7: Überleitungsmaßnahmen

Arbeitsgruppe Beihilfekontrolle neue Bundesländer

Außenstelle Berlin (ASB)

Arbeitsgruppe Neue Länder

Referat EG/1: EG-Koordinierung, Zusammenarbeit mit den neuen Ländern, Koordinierung EG-Strukturfonds für das Beitrittsgebiet

Referat EG/2: EG-Binnenmarktfragen im Beitrittsgebiet, EG-Information

Referat I/1: Regionalförderung im Beitrittsgebiet, Spezielle Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Beitrittsgebiet

Referat I/3: Quantitative Bereichsanalysen im Beitrittsgebiet

Referat I/4: Anwendung des Vergabe- und Preisrechts bei öffentlichen Aufträgen im Beitrittsgebiet

Referat I/5: Ordnungspolitische Fragen der Privatisierung im Beitrittsgebiet

Referat II/1: Mittelstandspolitische Fragen im Beitrittsgebiet

Referat II/2: Berufliche Bildung und Qualifizierung im Beitrittsgebiet

Referat II/3: Fremdenverkehrswirtschaft im Beitrittsgebiet

Referat II/4: Gewerbeförderung im Beitrittsgebiet

Referat II/5: Spezielle Fragen des Handels im Beitrittsgebiet; Vermittlungsstelle zur Verbesserung der Absatzchancen von Ostprodukten

Referat III/1: Energiepolitische Fragen im Beitrittsgebiet: Bergverwaltung, Braunkohlenbergbau, Energieeinsparung; Erneuerbare Energien, Prognosen, Statistik, Preisangepasung

Referat III/2: Energiepolitische Fragen: Energierecht, Versorgungswirtschaft, Mineralische Rohstoffe, Kernenergie, Öl- und Gaswirtschaft

Referat IV/1: Industriepolitische Fragen im Beitrittsgebiet, Informations- und Kommunikationstechnik, Elektro-, Luft- und Raumfahrtindustrie, Bauwirtschaft

Referat IV/2: Industriepolitische Fragen im Beitrittsgebiet: Verbrauchsgüterwirtschaft, Eisen und Stahl

Referat V/1: Allgemeine Außenwirtschaftsfragen im Beitrittsgebiet: Allgemeine Fragen der Außenwirtschaftsförderung, Multilaterale Beziehungen

Referat V/2: Bilaterale Außenwirtschaftsfragen des Beitrittsgebietes, Handel mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, RGW-Abwick-

	lung; Handel mit sonstigen europäischen Ländern, Jugoslawien-Nachfolgestaaten, Handel mit Entwicklungsländern, Abwicklung von Finanzbeziehungen
ZfA/ASB:	Zentrum für Betreuung von Auslandsinvestitionen
LF/ASB:	Presse im Beitrittsgebiet
LI/ASB:	Öffentlichkeitsarbeit im Beitrittsgebiet
AG WGS:	Arbeitsgruppe Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte (WGS), Versorgung der WGS
Referat ZV:	Personal, Dienstreisen, Rechtsangelegenheiten
Referat ZF:	Organisationsangelegenheiten, Informationstechnik

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Projekteinheit 516:	Besondere Rechtsangelegenheiten in den neuen Bundesländern, Treuhandangelegenheiten
---------------------	---

Außenstelle Berlin

Referat B 1:	Verwaltung
Referat B 2:	Allgemeine agrarpolitische, ernährungswirtschaftliche und verbraucherpolitische Angelegenheiten in den neuen Bundesländern
Referat B 3:	Angelegenheiten der Produktion und des Marktes in den neuen Bundesländern
Referat B 4:	Besondere Struktur- und Gesellschaftspolitische Angelegenheiten des ländlichen Raumes in den neuen Bundesländern
Referat B 5:	Besondere Angelegenheiten der Wirtschaftsbeziehungen zu den Mittel-Osteuropäischen Staaten (MOE) und den Neuen Unabhängigen Staaten (NUS); forstliche Angelegenheiten in den neuen Bundesländern

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Referat IVb 1:	Überleitung des Rentenrechts auf die neuen Bundesländer, Wiedergutmachung von SED-Unrecht in der Rentenversicherung
Referat IVb 2:	Überführung der Ansprüche und Anwartschaften der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR in die gesetzliche Rentenversicherung
Referat IVb 5:	Rentenbearbeitungsdauer Ost, Organisation Rentenversicherung Ost, Nachversicherungs- und Versorgungsangelegenheiten früherer Beamter und Berufssoldaten

Außenstelle Berlin

- Referat VIIIa 1: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Arbeitsmarktförderprogramme
- Referat VIIIb 1: Verwaltung Abteilung VIII
- Referat VIIIb 3: Arbeitsrecht/Arbeitsschutz
- Referat VIIIb 4: Renten- und Unfallversicherung
- Referat VIIIb 5: Modellvorhaben Pflegeversicherung
- Referat VIIIb 6: Kriegsopferversorgung
- Referat VIIIb 7: Sozial-/Strukturfonds EG

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)**Außenstelle BMVg (in Strausberg)**

- Referat 1: Zentrale Angelegenheiten einschl. Personal (ziv.), Steuerung, Aufbau der Wehrverwaltung, Abwicklung des Ministeriums für Ab- rüstung und Verteidigung
- Referat 4: Rechtsangelegenheiten
- Referat 6: Unterkunfts- und Liegenschaftswesen
- Referat 7: Sozialangelegenheiten
- Referat 7a: Umweltschutz in den neuen Bundesländern
- Referat 8: Verwertung von Wehrmaterial, Rüstungs- angelegenheiten
- Referat 9: Koordinierung der militärischen Angele- genheiten der Aussonderung und Verwer- tung von Wehrmaterial der Kategorie III

Innerer Dienst**Bundesministerium für Familie und Senioren**

- Arbeitsgruppe 2a: Freie Wohlfahrtspflege, Selbsthilfe
- Arbeitsgruppe 2b: Altenhilfe, Behindertenhilfe, Soforthilfepro- gramm
- Arbeitsgruppe 4: Familienförderung
- Arbeitsgruppe 5a: Beratungsstellen
- Arbeitsgruppe 5b: Selbsthilfe zur Sanierung von Familienwoh- nungen

Dienstbereich Berlin (Außenstelle)**Bundesministerium für Frauen und Jugend**

- Referat 120: Frauen in den neuen Bundesländern, Frauenforschung
- Referat 217: Jugendpolitik in den neuen Bundesländern

Bundesministerium für Gesundheit

- Referat 113 Gesundheitspolitik in den neuen Bundes- ländern, Bund-Länder-Beziehungen

Außenstelle Berlin

Bundesministerium für Verkehr

- Referat BW 28: Gebietsaufgaben Ost
Referat Stb 28: Gebietsaufgaben Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin
Referat Stb 29: Gebietsaufgaben Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen
Referat StB 30: Sonderbauprogramme im Straßenbau

Außenstelle Berlin

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

- Referat G I 2: Ökologische Sanierung und Entwicklung in den neuen Ländern
Referat G I 5/M: Förderungsangelegenheiten, Sonderbereiche der Zusammenarbeit mit den neuen Ländern und mit der Treuhandanstalt
Referat WA III 4: Sanierung von Rüstungsaltlasten und militärischen Altlasten
Referat RS II 7: Strahlenschutz im Uranbergbaugebiet

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Organisationseinheiten in Bonn

- Referat W II 2: Kreditprogramm für Wohnungsmodernisierung, -erweiterung und -instandsetzung sowie Energieeinsparungsmaßnahmen und Schaffung von Mietraum
Referat W III 2: Altschuldenproblematik
Referat RS II 4A: Bundeswettbewerbe im Wohnungs- und Städtebau, städtebaulicher Denkmalschutz
Referat B III 1: Grundsatzangelegenheiten des Ausbaus der Hauptstadt, Angelegenheiten des Staatssekretärarbeitsstabes Berlin/Bonn, Kooperationsausschuß Bund/Brandenburg, Angelegenheiten der Raumordnung Berlin/Brandenburg
Referat B III 2: Bauangelegenheiten Berlin im Bereich Spreebogen
Referat B III 4: Verwaltungsangelegenheiten in Berlin und Bonn, Vorbereitung und Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Parlament und Regierung
Referat B III 6: Bauangelegenheiten in Berlin außerhalb des Bereichs Spreebogen, Bauangelegenheiten der Verfassungsorgane und der obersten Bundesbehörden in Berlin, Verkehrsplanung in Berlin

Arbeitsstab zur Vorbereitung der Bundesbaugesellschaft
Berlin mbH

Geschäftsbereich mit den Fachbereichen
Berlin

- zentrale Aufgaben
- Wohnungswesen
- Raumordnung und Städtebau
- Bauwesen

und den zur eigenständigen Erledigung zu-
gewiesenen Aufgaben:

Allgemeine Städtebauförderung in den
neuen Ländern (städtische Modellvor-
haben, Forschungsangelegenheiten, städte-
bauliche Sonderprogramme)

Wohnungsfürsorge des Bundes in Berlin zur
Vorbereitung des geplanten Umzugs von
Parlament und Regierung

Bundesministerium für Forschung und Technologie

Referat 323: Medizinische Forschung, insbesondere molekulare Medizin und Pharmakologie, Ernährungsforschung

Referat 325: Biologische Forschung, insbesondere molekulare Biotechnologie, Neurobiologie, Kulturpflanzenforschung, Pflanzenbiochemie

Referat 412: Basistechnologien der Informationstechnik, Höchstfrequenztechnik, Nachrichtentechnik, Displaytechnologien, Molekularelektronik

Referat 415: Mikroelektronik, insbesondere Siliziumtechnologie, Halbleiterphysik, Kristallzüchtung

Referat 422: Materialforschung, insbesondere Pulvermetallurgie und Keramik, Polymerforschung, Festkörper- und Werkstoffforschung, Hochtemperaturwerkstoffe

Referat 423: Physikalische Technologien, chemische Forschung und Entwicklung

Referat 426: Laserforschung, insbesondere nichtlineare Optik und Kurzzeitspektrographie

Referat 521: Klima- und Atmosphärenforschung, Troposphärenforschung, Klimafolgenforschung, Atmosphärenphysik, Umweltforschung

Referat 522: Ökologische Forschung, u. a. Gewässerökologie, Bodenforschung, Arten- und Biotopschutz, Agrarökosysteme

Außenstelle Berlin

Referat 126: Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft in den neuen Ländern und Berlin

Referat 217: Zusammenarbeit mit den neuen Ländern und Berlin, Koordinierung und Aufbau-

initiative für die Forschung in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen e. V.

Referat 527: Administrative Fragen Gesellschaft für Kernenergie für Schiffbau und Schiffahrt, Umweltforschungszentrum Leipzig/Halle; Einrichtungen der Umweltforschung

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Außenstelle Berlin

Die neuen Länder betreffende Fachaufgaben, wie z. B. Neustrukturierung der Hochschullandschaft, Bildung von Fachhochschulen, Einführung und Aufbau des Berufsbildungssystems nach dem Berufsbildungsfördergesetz, Integration und Umstrukturierung der bisherigen Auslandsarbeit, Aufbau der Verwaltung für das Bundesausbildungsförderungsgesetz, werden als Arbeitsschwerpunkte in den vorhandenen Referaten wahrgenommen.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Referat III a 5: Information und Kommunikation neue Länder

Außenstelle Berlin

Darüber hinaus sind bei allen Bundesministerien weitere Arbeitseinheiten, denen überwiegend andere Aufgaben obliegen, ebenfalls mit Aufgaben befaßt, die die neuen Bundesländer einschließlich Berlin (Ost) betreffen.

2. Wie viele Planstellen welcher Besoldungsstufen stehen hierfür in Bonn und in Berlin zur Verfügung?

Die hierfür zur Verfügung stehenden Planstellen/Stellen ergeben sich aus nachstehender Tabelle:

	Bonn	Berlin	insgesamt
höherer Dienst	346	339	685
gehobener Dienst	222	430	652
mittlerer Dienst	116	506	622
einfacher Dienst	63	373	<u>436</u>
			2 395

3. Welche dieser Planstellen sind nach dem 9. November 1989/ 3. Oktober 1990 neu geschaffen worden (in Bonn/in Berlin)?

Die in Bonn bzw. Berlin neu geschaffenen Planstellen/Stellen ergeben sich aus nachstehender Tabelle:

	nach dem 9. November 1989	nach dem 3. Oktober 1990	insge- samt	
	Bonn	Berlin	Bonn	Berlin
höherer Dienst	156	41	239	234
gehobener Dienst	68	64	182	322
mittlerer Dienst	36	48	94	412
einfacher Dienst	5	12	36	245
				<u>298</u>
				2 194

4. Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß die Inhaber dieser Planstellen mit den Verhältnissen in den neuen Bundesländern aus eigener Anschauung vertraut gemacht werden?

Die Bundesregierung legt Wert darauf, daß sich die Inhaber dieser Planstellen sowohl durch systematische Einführungen in Fortbildungsveranstaltungen als auch durch Dienstreisen mit den Verhältnissen in den neuen Bundesländern vertraut machen. Dienstbesprechungen, die sich mit Angelegenheiten der wirtschaftlichen und sozialen Integration des Beitrittsgebiets befassen, finden in einer Vielzahl von Fällen in Berlin oder den neuen Ländern statt.

Viele Stelleninhaber kommen im übrigen aus dem Beitrittsgebiet. Sie sind insofern mit den Verhältnissen in den neuen Bundesländern aus eigener Anschauung seit langem vertraut.

5. Unterliegt ein Teil der neu geschaffenen ostdeutschen Planstellen in den Bundesministerien einer zeitlichen Befristung?

Ja. 322 der neu geschaffenen Planstellen/Stellen unterliegen einer zeitlichen Befristung.

6. Wie viele Inhaber dieser Planstellen hatten vor dem 9. November 1989 ihren Wohnsitz in der ehemaligen DDR einschließlich Berlin (Ost)?

Vor dem 9. November 1989 hatten 1 345 Inhaber dieser Planstellen/Stellen ihren Wohnsitz in der ehemaligen DDR einschließlich Berlin (Ost).

7. In welchem Umfang werden von den Inhabern dieser Planstellen Dienstreisen in die östlichen Bundesländer einschließlich Berlin (Ost) unternommen?

Dienstreisen in die neuen Bundesländer werden in großem Umfang unternommen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl aller Inlandsdienstreisen liegt bei einigen Ressorts zwischen 30 und 40 Prozent. Da bei den Bundesministerien eine maschinelle Aus-

wertung nach dem Zielort und den in Betracht kommenden Arbeitseinheiten nicht vorgesehen ist, sind genauere Angaben nicht möglich.

8. Wie sieht die Bundesregierung die Rolle der Berliner Außenstellen der einzelnen Bundesministerien bei der Bearbeitung von Aufgaben, die primär die neuen Bundesländer einschließlich Berlin (Ost) betreffen?
9. Welche Zielvorstellung verfolgt die Bundesregierung in bezug auf die weitere Tätigkeit dieser Außenstellen?
In welchem Umfang werden derzeit von ihnen Abwicklungsaufgaben und Fachaufgaben wahrgenommen?
10. Welche Fachaufgaben könnten nach Ansicht der Bundesregierung bereits jetzt in Berlin wahrgenommen werden?
11. Welche zeitlichen Vorstellungen haben die einzelnen Bundesministerien hinsichtlich einer Verlagerung der entsprechenden Planstellen nach Berlin?
12. Welche provisorischen Möglichkeiten bestehen, trotz der gegenwärtig noch nicht zu verwirklichenden Um- und Neubauten Abteilungen einzelner Bundesministerien schon jetzt in Berlin arbeiten zu lassen, ohne deren Arbeitsfähigkeit zu beeinträchtigen.

Die Fragen 8 bis 12 werden wegen ihres sachlichen Zusammenhangs zusammengefaßt beantwortet:

Im Zuge der Herstellung der Einheit Deutschlands haben alle Ressorts in Berlin Außenstellen eingerichtet, die zunächst vorrangig Aufgaben im Zusammenhang mit dem Aufbau in den neuen Bundesländern wahrgenommen haben.

Nach dem Beschuß des Deutschen Bundestages zur Vollendung der Einheit Deutschlands vom 20. Juni 1991 und der Verabsiedlung der Gesamtkonzeption der Bundesregierung zur Umsetzung dieses Beschlusses am 3. Juni 1992 sind von den Bundesressorts nachstehende „Grundsätze für die Fortführung und Ausgestaltung der Außenstellen“ am 7. September 1992 festgelegt worden:

„Im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands haben alle Bundesressorts in Berlin Außenstellen eingerichtet. Sie nehmen derzeit sowohl Fachaufgaben als auch Abwicklungsaufgaben wahr.“

Mit dem Beschuß des Deutschen Bundestages zur Vollendung der Einheit Deutschlands vom 20. Juni 1991 und dem Beschuß des Bundeskabinetts vom 3. Juni 1992 haben Parlament und Regierung ihre Absicht bekundet, nach Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen ihren Sitz in Berlin zu nehmen.

Die Aufrechterhaltung der Bundespräsenz in Berlin ist daher geboten.

- Die bisherigen Außenstellen der Bundesressorts werden weitergeführt.
Fachlich, administrativ und personalwirtschaftlich sind sie in die Strukturen der Ministerien eingegliedert.
- Die Wahrnehmung von Fachaufgaben in den Außenstellen in Berlin erfolgt unter ressortspezifischen Aspekten. Es kommen insbesondere Aufgaben in Betracht, die

- dem Aufbau der neuen Bundesländer dienen,
 - eine intensive Zusammenarbeit mit den Ressorts der neuen Bundesländer erfordern,
 - eine besondere Relevanz für das Beitrittsgebiet haben,
 - im Zusammenhang mit der Unterstützung der osteuropäischen Staaten stehen und
 - den Ausbau Berlins zur Hauptstadt Deutschlands betreffen.
- Bei den Bundesressorts, die nach den Beschlüssen der Bundesregierung vom 11. Dezember 1991 und vom 3. Juni 1992 als Kern von Politikbereichen in Bonn verbleiben, ist die Wahrnehmung von Fachaufgaben in Berlin unabhängig von der späteren Ausgestaltung des zweiten Dienstsitzes. Diese ist zu gegebener Zeit nach den organisatorischen Vorgaben der Gesamtkonzeption der Bundesregierung vom 3. Juni 1992 vorzunehmen.“

Die Verfahrensweise der Ressorts richtet sich an diesem Orientierungsrahmen aus. Soweit hierbei weitere Aufgabenzuweisungen sowie personelle Vorkehrungen sachadäquat erscheinen, werden diese vorgenommen. Dies gilt auch für Maßnahmen, die die Herstellung der Funktionsfähigkeit der Hauptstadt Berlin als Sitz von Parlament und Regierung sicherstellen sollen. Die Beschußlage der Bundesregierung, wonach sie die Verlagerung von Regierungsfunktionen nach Berlin in zeitlicher Abstimmung mit der Verlagerung des Parlaments vornehmen wird, ist hierbei zu berücksichtigen.

13. In welchem Umfang werden ostdeutsche Fachkräfte bei der Besetzung der Planstellen in den nach Berlin verlagerten Bundesministrien berücksichtigt?

Auf der Grundlage der organisatorischen Festlegungen der Bundesregierung für ihre Verlagerung nach Berlin wird zu gegebener Zeit zu klären sein, wie dann konkrete freie Stellen zu besetzen sind.

Von der Bewerberlage und der Qualifikation wird es abhängen, in welchem Umfang Kräfte aus dem Beitrittsgebiet – schon im Hinblick auf die Bestimmung des Artikels 36 Abs. 1 Satz 1 GG – berücksichtigt werden können.

14. Erhalten ostdeutsche Bewerberinnen und Bewerber für die Planstellen einen Bonus gegenüber ihren westdeutschen Kolleginnen und Kollegen, da ihnen systembedingte Ausbildungsnachteile persönlich nicht zur Last gelegt werden können?

Die systembedingten Ausbildungsnachteile werden durch die Übergangsregelungen des Einigungsvertrages ausgeglichen. Nach Anlage I Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 3 Buchstaben b und c können auch Bewerber, die nicht die nach den beamtenrechtlichen Bestimmungen erforderliche Ausbildung

besitzen, zu Beamten ernannt werden. Die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung verwendet einen großen Teil ihrer Kapazitäten auf die Entwicklung und Durchführung spezieller Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen der deutschen Einheit, um die berufliche Qualifizierung von Bediensteten aus dem Beitrittsgebiet für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu erreichen.

15. Inwieweit werden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der aufzulösenden Treuhandanstalt bei der Besetzung neuer Planstellen berücksichtigt?

Derzeit liegen aus dem Bereich der aufzulösenden Treuhandanstalt keine Bewerbungen vor. Entsprechende Bewerber würden im Rahmen der nachzubesetzenden Planstellen mit anderen Bewerbern gleichbehandelt.